

gen, welche Erwerbszweige diesem Versicherungszweig zu unterstellen sind. Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber dieser Erwerbszweige hätten dann obligatorisch die entsprechenden Prämien für die Ausrichtung der Schlechtwetterentschädigungen zu erbringen, während alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber der übrigen Erwerbszweige von der Beitragspflicht für diesen Versicherungszweig befreit wären. Anspruch auf Schlechtwetterentschädigungen hätten dann selbstverständlich lediglich die Arbeitnehmer der unterstellten Erwerbszweige.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 17. September 1986*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 septembre 1986*

1. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982 (AVIG) wird zurzeit einer Teilrevision unterzogen, welche unter anderem (vgl. Beantwortung der Interpellation Dirren vom 13. März 1986) auch zum Gegenstand hat, eine befriedigende Abgrenzung zwischen den zulasten der Versicherung anrechenbaren Arbeitsausfällen (Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung) einerseits, und dem vom Unternehmer zu tragenden Risiko andererseits zu finden. Als einer der zentralen Revisionspunkte soll eine Herabsetzung der Belastung des Arbeitgebers bei Kurzarbeit und wetterbedingten Arbeitsausfällen geprüft werden, die je nach Ausgestaltung gerade in den Berggebieten zu spürbaren Erleichterungen führen kann.

2. Der Bundesrat ist bereit, die in der Motion Aliesch aufgeworfenen Fragen zu prüfen. Da aber noch andere Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes neu überdacht werden müssen, sollte dies nicht losgelöst davon geschehen, sondern im Rahmen eines Gesamtpakets. Dabei wird auch abgeklärt werden müssen, ob eine als separater Versicherungszweig konzipierte, teilobligatorische Schlechtwetter- und/oder Kurzarbeitsversicherung im Sinne des Vorstosses durch die Verfassung überhaupt abgedeckt wäre.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates  
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

86.533

### **Motion Frey-Neuenburg Berufsfischer.**

### **Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis**

### **Motion Frey-Neuchâtel**

### **Formation professionnelle des pêcheurs**

*Wortlaut der Motion vom 20. Juni 1986*

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Aenderung des Berufsbildungsgesetzes vom 19. April 1978 auszuarbeiten, damit ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis für Berufsfischer auf Seen geschaffen werden kann.

*Texte de la motion du 20 juin 1986*

Le Conseil fédéral est chargé d'étudier la modification de la loi sur la formation professionnelle, du 19 avril 1978, afin de créer un certificat fédéral de capacité pour les pêcheurs professionnels en lac.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Aubry, Candaux, Cavadini, Couchepin, Dubois, Etique, Giudici, Kohler Raoul, Martin, Perey, Petitpierre, Pidoux, Pini, Revaclier, Rime, Salvioni, Savary-Vaud (17)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Les pêcheurs sont les oubliés de la formation professionnelle. Il n'existe aucune norme fédérale en la matière. Les pêcheurs ne peuvent pas accomplir un apprentissage sanctionné par un certificat fédéral de capacité. Ils ne bénéficient d'aucun des avantages accordés aux apprentis (tarifs réduits pour les transports publics, bourses, etc.).

Seuls les pêcheurs alémaniques reçoivent une modeste participation de quelque 500 francs de la Confédération pour suivre un stage d'études à Starnberg en Bavière. Rien n'est prévu pour les pêcheurs romands et tessinois.

Les conditions d'obtention du certificat fédéral de capacité seraient fixées par le droit fédéral, l'organisation pratique de la formation étant laissée aux cantons, avec le concours de l'Association suisse des pêcheurs professionnels. Compte tenu du faible nombre de pêcheurs professionnels, les apprentis pourraient être intégrés aux cours déjà dispensés par les écoles professionnelles.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 3. September 1986*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 3 septembre 1986*  
Le Conseil fédéral est prêt à accepter la motion.

*Ueberwiesen – Transmis*

86.494

### **Motion Schmidhalter**

### **Oberaufsicht über die SBB**

### **Haute surveillance sur les CFF**

*Wortlaut der Motion vom 12. Juni 1986*

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament eine Revision des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen vorzulegen. Die Ueberarbeitung hat unter anderem folgende Punkte zu umfassen:

Die Rolle des Parlamentes bei der Oberaufsicht und der Oberleitung ist in klarer Form im Gesetz zu verankern. Die heutigen Positionen sind zu festigen und auszubauen.

Die Auftragserteilung ist zu präzisieren.

Die Arbeitsweise der Verkehrskommissionen, insbesondere ihre Mitwirkung bei der politischen Planung der Auftragserteilung und bei Infrastrukturanlagen von nationaler Bedeutung, ist eindeutig zu regeln.

Die entsprechenden Auswirkungen auf Stufe Bundesrat, EVED und Verwaltungsrat SBB sowie die Auswirkungen auf andere Bundesbetriebe sind zu überdenken und unter Umständen neu zuzuordnen.

*Texte de la motion du 12 juin 1986*

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement un projet de révision de la loi sur les Chemins de fer fédéraux. Celui-ci devra porter notamment sur les points suivants:

– Le rôle du Parlement dans l'exercice de la haute surveillance et sa fonction directrice doivent être clairement reconnus dans la loi. Sa position doit être renforcée et élargie.

– La répartition des mandats doit être précisée.

– Le mode de travail des Commissions des transports et du trafic, notamment leur participation aux travaux concernant la planification politique relative à la répartition des mandats et les équipements collectifs d'importance nationale, doit être réglé clairement.

– Les conséquences que ces dispositions auront pour le Conseil fédéral, le Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie, le conseil d'administration des Chemins de fer fédéraux et d'autres entreprises fédérales devront être examinées et, le cas échéant, une restructuration devra être entreprise.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Aliesch, Aregger, Bonnard, Bremi, Cotti Flavio, Dünki, Eng, Hösl, Kohler Raoul, Massy, Müller-Meilen, Steinegger, Wellauer, Wyss (14)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Erfahrung zeigt, dass die Positionen und Funktionen, welche die Behörden bei der Leitung der SBB einnehmen bzw. ausüben, nicht durchwegs konsequent, stufengerecht und klar besetzt sind oder ausgeübt werden. Es sind bessere Lösungen als Grundlage für eine detailliertere Zuständigkeitsordnung zu entwickeln.

Das Institut für betriebswirtschaftliche Forschung der Universität Zürich, die Herren Prof. Dr. E. Rühli und Dr. H. P. Wehrli haben in einer Expertise zu diesen Fragen Stellung genommen und Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Die Gründe, die mich zur Hinterlegung der vorgenannten Motion bewegen, stützen sich auf die bisherige Erfahrung, die ich in der Verkehrskommission gemacht habe, sowie auf die Durchsicht der Expertise zur Frage der Oberleitung der SBB von Prof. Dr. E. Rühli und Dr. H. P. Wehrli.

Ob und wie weit die Anträge brauchbar sind, die in diesem Gutachten unterbreitet werden, kann wohl kaum ein einzelner Parlamentarier beurteilen. Hiefür braucht es die Arbeit mehrerer unter Beizug von Spezialisten. Eines ist aber auf Anhieb ersichtlich:

Das Bundesgesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen ist zu ändern und der Gegenwart anzupassen.

Das Ziel dieser Revision muss darin bestehen, die politische und unternehmerische Verantwortung zu entflechten und zu einer Neustrukturierung des politischen Entscheidungsraumes beizutragen. Dieses Ziel schlägt auch das vorgenannte Gutachten vor und kann als solches voll übernommen werden. Dabei liegen mir unter anderem folgende Punkte am Herzen:

1. Die Rolle des Parlamentes: Es darf nicht darum gehen, dass die Rechte und Pflichten, so wie sie heute vom Parlament wahrgenommen werden oder wahrgenommen werden sollten, zugunsten eines anderen Organes, beispielsweise des Bundesrates, verlagert werden. Diese Rechte und Pflichten haben sich aber auf die politischen Linien zu beziehen. Der Bau neuer Eisenbahnstrecken berührt beispielsweise nicht nur die unternehmerische Seite der SBB sondern auch die politische, ebenso die Stilllegung von Bahnstrecken. Auch die Investitionspolitik als Ganzes ist vom Parlament zu genehmigen. Heute kann der Kostenvorschlag der SBB nur in globo zur Kenntnis genommen werden. Er kann auch unter Umständen nur als Ganzes zurückgewiesen werden. Hier ist zu prüfen, ob es nicht der Verkehrskommission zustehen würde, zuhanden des Parlamentes Anträge zu stellen.

2. Verkehrskommissionen: Zu überlegen ist zudem, ob nicht die politischen Entscheide, die heute vom Bundesrat und vom Verwaltungsrat der SBB getroffen werden, den Verkehrskommissionen und damit dem Parlament zugewiesen werden könnten.

3. Ich finde zudem den Vorschlag des vorgenannten Gutachtens, dem Verwaltungsrat der SBB zukünftig nur mehr unternehmerische Entscheide zu überlassen, als richtig. Sicher auch in der gleichen Richtung liegt der Antrag, den Verwaltungsrat nicht mehr nach dem politischen Proporz zusammenzusetzen.

4. Mit der Genehmigung des Leistungsauftrages 1987 der SBB übernimmt der Bund zusätzlich mit der Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen die finanzielle Verantwortung für die gesamte Infrastruktur der SBB. Die Verwaltung der SBB ist nur noch für den Betrieb und hier nur für den marktwirtschaftlichen Teil voll verantwortlich. Diese Neuorganisation ergibt mit Sicherheit Kompetenzverschiebungen und neue Kompetenzprobleme. Die Revision des vorgenannten Bundesgesetzes drängt sich deshalb auf.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 17. September 1986*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 17 septembre 1986*

Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen, wobei die vertiefte Prüfung der Anregungen im einzelnen, insbesondere bezüglich der Mitwirkung der Verkehrskommissionen bei der Planung der Auftragserteilung an die SBB, vorbehalten bleibt.

*Ueberwiesen – Transmis*

84.520

**Motion  
der freisinnig-demokratischen Fraktion  
Gewährleistung der Regierungstätigkeit  
Motion du groupe radical-démocratique  
Mesures propres à assurer une activité  
gouvernementale plus fonctionnelle**

*Wortlaut der Motion vom 26. September 1984*

Trotz den Bemühungen zu einer Zurücknahme des Schrittmasses ist ein Anwachsen der Staatstätigkeit und damit der Geschäftslast des Bundesrates zu registrieren. Zusammen mit der zunehmenden Komplexität der politischen Probleme führt dies zu einer immer stärkeren zeitlichen Belastung der Bundesräte. Die Inanspruchnahme durch parlamentarische Geschäfte in Kommissionen und im Plenum der Räte, durch die Fülle der Departements- und Regierungsgeschäfte und durch den Umfang der administrativen Aufgaben grenzt die für Grundsatzfragen und Führungsentscheide zur Verfügung stehende Zeit ein. Sie erschwert überdies den einzelnen Departementsvorstehern die vertiefte Auseinandersetzung mit den Geschäften der anderen Departemente und gefährdet damit das Kollegialsystem.

Der Bundesrat wird ersucht, die bestehenden Möglichkeiten verstärkt auszuschöpfen, und beauftragt, neue Massnahmen zu treffen und entsprechende Gesetzes-, gegebenenfalls Verfassungsänderungen zu unterbreiten, die zu einer wirksamen Entlastung des Gesamtbundesrates und der einzelnen Departementsvorsteher in folgenden Bereichen führen:

- Erweiterung der Vertretungsmöglichkeiten in Parlamentskommissionen und bei den Beratungen im Plenum der Räte;
- Entlastung von Geschäften von untergeordneter Bedeutung und von administrativen Detailfragen;
- Anordnung organisatorischer Massnahmen, um den Verkehr zwischen den Departementen und zwischen Bundesrat und Parlament zu erleichtern.

*Texte de la motion du 26 septembre 1984*

En dépit des efforts entrepris en vue de modérer le rythme de l'activité gouvernementale, on observe un accroissement de celle-ci et, partant, de la charge que les affaires imposent au Conseil fédéral. Cette évolution, à laquelle s'ajoute la complexité croissante des problèmes politiques, a pour effet de rendre la tâche des conseillers fédéraux toujours plus absorbante. Le fait qu'ils sont retenus par les objets parlementaires dans les commissions et lors des séances des conseils, la multitude des travaux à effectuer à l'échelle départementale et gouvernementale, ainsi que l'ampleur des tâches administratives, réduisent toujours plus le temps dont les membres de l'exécutif disposent pour l'examen des questions fondamentales et des grandes décisions. Mais surtout, cette situation fait que nos conseillers fédéraux éprouvent de plus en plus de difficulté à étudier de manière fouillée les dossiers des départements autres que le leur, ce qui compromet le système collégial.

## **Motion Schmidhalter Oberaufsicht über die SBB**

## **Motion Schmidhalter Haute surveillance sur les CFF**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.494
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1475-1476
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 674